

# KFIBS-Standpunkt Nr. 1/2014 zum Verhältnis zwischen der NATO und Russland



Kölner Forum für Internationale Beziehungen  
und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS)

## „Zurück in Kalten Krieg“<sup>1</sup> – Die NATO auf dem Weg zu einer neuen (alten) Russlandstrategie?<sup>2</sup>

Von Sascha Arnautović

[sascha.arnautovic@kfibs.org](mailto:sascha.arnautovic@kfibs.org)

\* \* \*

### Einleitung: Von der Ukraine- zur Krim-Krise – eine harte Belastungsprobe für die NATO-Russland-Beziehungen

Spätestens seit der Brandrede des russischen Präsidenten Wladimir W. Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in der er unerwartet heftige Kritik an der „Weltherrschaftspolitik“ der USA, am US-Raketenschutzschild in Osteuropa und an der NATO-Osterweiterung übte, dürfte deutlich geworden sein, dass es um die Russische Föderation und deren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) nicht zum Besten steht. Russland im 21. Jahrhundert unter Präsident Putin strebt offenkundig nach mehr politischer Teilhabe auf internationaler Ebene, nach einer ausgewogenen „strategischen Partnerschaft“ mit der Atlantischen Allianz und damit letztlich auch nach einem

---

<sup>1</sup> Zitat aus einem Online-Beitrag (abrufbar unter: <http://de.ria.ru/politics/20140407/268216678.html>) der Nachrichtenagentur „RIA Novosti“ in Anlehnung an eine Aussage des russischen NATO-Botschafters Alexander Gruschko im Rahmen eines am 7. April 2014 veröffentlichten Interviews in der Tageszeitung „Kommersant“.

<sup>2</sup> Bearbeitungsstand des vorliegenden KFIBS-Standpunkt-Beitrages: 23. April 2014.

Verhältnis zu den USA auf Augenhöhe (aus russischer Perspektive dabei besonders wichtig: ohne Belehrungen und Moralpredigten) sowie nach Zuerkennung des alten Großmachtstatus durch den Westen. Auch die Kaukasus-Krise des Jahres 2008, ausgelöst durch Georgien, kann in diesem Zusammenhang als Vorbote für weitere Verwerfungen in den transatlantisch-russischen Beziehungen bis zum heutigen Tag angesehen werden. Das „russische Trauma“, sprich das Ende der Existenz der Sowjetunion (SU) im Dezember 1991 und der damit einhergehende geopolitische Bedeutungsverlust, scheint einen nachhaltigen Einfluss auf die Moskauer Westpolitik und Bedrohungswahrnehmung auszuüben. Die Kreml-Führung sieht sich durch die „Einkreisungspolitik“ von Europäischer Union (EU) und NATO (Stichwort: „Osterweiterung“) unkalkulierbaren Risiken für die „nationale Sicherheit“ ausgesetzt, meldet sich jedoch spätestens seit 2007/2008 mit neuem (altem) Selbstbewusstsein auf der weltpolitischen Bühne zurück. Russland, so hat es den Anschein, ist nicht mehr länger bereit, ein „Partner zweiter Klasse“ zu sein – das Land strebt nach vollständiger internationaler Anerkennung und Einbindung, will letztlich als (relevanter) außenpolitischer Akteur ernst genommen werden.

Die zunehmenden Spannungen zwischen der Russischen Föderation und der westlichen Staatengemeinschaft, insbesondere mit der NATO als *das* politische und militärische Bündnis des Westens, haben durch die Ukraine- und Krim-Krise im Jahr 2014 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Es ist daher nicht übertrieben, in diesem Kontext von einer „neuen Eiszeit“ zwischen den strategischen Partnern von heute und den weltpolitischen Antagonisten von einst zu sprechen: Zunächst musste Moskau den Sturz des prorussischen Präsidenten der Ukraine, Wiktor F. Janukowytsch, durch die sogenannte Maidan-Bewegung in Kiew im Februar dieses Jahres hinnehmen und sah damit verbunden eine zunehmende Westöffnung des für Russland historisch und kulturell, aber auch wirtschaftlich bedeutsamen Nachbarlandes am Horizont heranbrechen. Doch die Antwort Moskaus auf diese für Russland negative politische Entwicklung in der Ukraine ließ nicht lange auf sich warten: Im Gegenzug hat die Russische Föderation – als selbst ernannte Schutzmacht der ethnischen Russen – auf der strategisch wichtigen Schwarzmeer-Halbinsel Krim interveniert, die seit dem Jahr 1954 durch die Schenkung des damaligen Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei (KPdSU), Nikita S. Chruschtschow, in ukrainischem Besitz gewesen ist. Es kommt zur Übernahme der Kontrolle über die Krim. Die Übergangsregierung in Kiew unter ihrem neuen Regierungschef Arsenij P. Jazenjuk und der Westen (sprich: EU, USA/NATO) müssen nun ihrerseits zuschauen, wie der russische Präsident Putin Fakten auf der Insel schafft. Als Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland, die weder mit dem Völkerrecht noch mit der ukrainischen Verfassung im Einklang steht, beschließen die westlichen Staaten – in seltener Einigkeit – ein 3-stufiges Sanktionsmodell gegenüber Moskau. Seitdem weitete sich der Konflikt zwischen der Russischen Föderation, der ukrainischen

Interimsregierung (die von Moskau nicht anerkannt wird) und der westlichen Staatengemeinschaft immer mehr aus. Mittlerweile verlagert sich die Krise von der Krim auf das ukrainische Festland bzw. die Ostukraine, in welcher der russischsprachige Bevölkerungsanteil recht hoch ist.

Die NATO fürchtet nun ihrerseits, dass prorussische Kräfte nicht nur den bereits bestehenden Konflikt weiter anheizen könnten, sondern dass eine neuerliche Annexion Russlands nunmehr auch auf ukrainischem Territorium vonstattengehen könnte – mit der möglichen Folge einer Ausweitung des bisherigen Regionalkonflikts zu einer (dauerhaften) Weltkrise. Überdies ist für die Atlantische Allianz in Rechnung zu stellen, dass sich besonders die baltischen und osteuropäischen NATO-Staaten durch die – aus ihrer Sicht – aggressive Expansionspolitik Russlands in der Region bedroht fühlen und deswegen für eine härtere Gangart gegenüber Moskau als bislang plädieren werden, sollte tatsächlich ein russischer Truppeneinmarsch in der Ostukraine erfolgen. Für den Fall russischer Übergriffe auch auf andere Staaten der Region mit NATO-Anbindung würde die Beistandspflicht gemäß Artikel V des Nordatlantikvertrages greifen – und die Allianz mit denen ihr zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln antworten. In diesen Tagen verlegen die USA mehrere ihrer F-16-Kampffjets nach Polen und in die baltischen Staaten, um damit Europas Außengrenzen zu Russland zu sichern und um verstärkte militärische Präsenz in der Region zu zeigen. Mit großer Sorge beobachtet die Allianz bereits seit einiger Zeit die russischen Truppenaufmärsche (bis zu 40.000 einsatzbereite Soldaten sollen es laut NATO-Schätzungen sein) an der ukrainischen Grenze, welche Moskau jedoch als „normale militärische Aktivitäten“ abtut. Indes drängt das Bündnis auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Ukraine, und das in mehrfacher Hinsicht: politisch, diplomatisch, aber eben auch militärisch. Die NATO möchte ihre Entschlossenheit zur Unterstützung der Ukraine gegenüber Russland demonstrieren, um damit auch ein Stück weit „militärische Abschreckung“ zu betreiben. Der Staat im Südwesten Osteuropas soll mithilfe der Allianz, so die allgemeine Begründung aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel, dazu angeleitet und befähigt werden, die eigene Sicherheit seiner Grenzen zu gewährleisten. Der scheidende NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen<sup>3</sup> schloss – sehr zum Leidwesen der Krisendiplomatie und Deeskalationsstrategie des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier – kürzlich nicht aus, dass der Ukraine als ein souveräner Staat der Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft prinzipiell offensteht. Rasmussen bestätigt in diesem Kontext die temporäre Aussetzung der zivilen wie militärischen Kooperation mit der Russischen Föderation (das nächste NATO-Außenministertreffen im Juni 2014 wird die Beziehungen zu Russland

---

<sup>3</sup> Er wird mit Wirkung vom 1. Oktober 2014 von Jens Stoltenberg, dem früheren norwegischen Ministerpräsidenten, in seinem Amt abgelöst.

erneut auf den Prüfstand stellen), macht aber gleichzeitig deutlich, den Dialog mit Moskau im Rahmen des NATO-Russland-Rates auf Botschafterebene fortsetzen zu wollen, um nach wie vor eine politische und diplomatische Lösung des Konflikts zu ermöglichen.<sup>4</sup>

Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation liegt für den Westen ganz offensichtlich in der Frage, welche strategischen Ziele Putin letztendlich mit seiner Ukraine- und Krimpolitik verfolgt: Will er ein Gegengewicht (Stichwort: „Balancepolitik“) zum Westen in der Region schaffen und die Ukraine durch erhöhte Militärpräsenz und verstärkten wirtschaftlichen Druck von einer weitergehenden Westöffnung des Landes abbringen, um so im russischen Vorhof für Stabilität und Sicherheit zu sorgen? Oder möchte er sich nach der Halbinsel Krim zumindest noch die Ostukraine einverleiben, die er durch Abspaltung von Kiew für sich und seine Vision von einer „Eurasischen Union“ zu gewinnen sucht? Setzt seine Strategie somit ganz bewusst auf die Destabilisierung der Ukraine? Oder ist sie letztlich doch bloß eine verständliche Reaktion auf die westliche (Ost-)Erweiterungspolitik seit dem Jahr 2004?

### **„Russland ist nicht Europa“: Droht nun ein neuer Ost-West-Gegensatz?**

In diesen Tagen mehren sich die Anzeichen dafür, dass möglicherweise ein „Kampf der Kulturen zwischen Ost und West“ (Zitat aus einem Artikel in DIE WELT v. 11.04.2014; s. unter: [http://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/thema\\_nt/article126854189/Russland-ist-nicht-Europa.html](http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article126854189/Russland-ist-nicht-Europa.html)) in naher Zukunft bevorsteht. In diesem Zusammenhang wird über ein bislang noch nicht offiziell veröffentlichtes Grundsatzpapier des russischen Kulturministeriums unter der Leitung von Minister Wladimir R. Medinski in den deutschen Medien spekuliert, welchem die Kernthese „Russland ist nicht Europa“ zugrunde liegen soll, womit unweigerlich ein (altbekannter) Ost-West-Gegensatz von russischer Seite aufgebaut werden würde. Bei allem gebotenen Verständnis für die russische Bedrohungsperzeption in Bezug auf die Osterweiterung von EU und NATO würde ein solches Dokument, sollte es von der Kreml-Führung offiziell zur neuen russischen Staatsräson erklärt werden, unweigerlich zu einer Verhärtung der Fronten und zu einem neuen (alten) Ost-West-Gegensatz führen – dies kann in letzter Konsequenz weder im russischen noch im westlichen Interesse liegen. Eine mögliche russische Frontstellung in Form eines von Regierungsseite konstruierten gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Antagonismus zwischen Ost und West wäre kontraproduktiv und würde die Eskalationsspirale

---

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch die offiziellen Verlautbarungen des Nordatlantikrats (*North Atlantic Council*) vom 2. und 4. März 2014, die unter folgenden Links abrufbar sind: [http://www.nato.int/cps/en/SID-8C1B665F-C358FBBE/natolive/official\\_texts\\_107681.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/SID-8C1B665F-C358FBBE/natolive/official_texts_107681.htm?selectedLocale=en), [http://www.nato.int/cps/en/SID-8C1B665F-C358FBBE/natolive/news\\_107716.htm?selectedLocale=en](http://www.nato.int/cps/en/SID-8C1B665F-C358FBBE/natolive/news_107716.htm?selectedLocale=en). In beiden Erklärungen wird von der NATO versichert, „[to] engage with Russia in the NATO-Russia Council“.

weiter anheizen. Dass Moskau – trotz dieser Risiken – grundsätzlich durchaus bereit ist, die Konsequenzen eines solchen Schrittes zu tragen, daran dürfte aus folgendem Grund kein Zweifel bestehen: Putin fühlt sich momentan als „Sieger“ der Krim-Krise, was sich u. a. durch die hohen Zustimmungswerte für seine (riskante) Regionalpolitik in der russischen Bevölkerung, die bei über 70 Prozent liegen, erklären lässt. Aufgrund dieser Welle der Solidarisierung und Zustimmung in Russland, auf der Krim und in der Ostukraine suggeriert die politische Entwicklung zugunsten Moskaus auf der annektierten Schwarzmeer-Halbinsel, dass nunmehr auch die Zeit gekommen sei, um das von Putin langersehnte und zugleich sehr ambitionierte Projekt einer „Eurasischen Union“ zu realisieren. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung scheint für Moskau inzwischen so wichtig geworden zu sein, dass es selbst einen neuerlichen Bruch mit dem Westen rechtfertigt. Die offenbar noch nicht abgeschlossene Identitätssuche Russlands seit Anfang der 1990er-Jahre mit dem traumatisch erlebten Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und des kommunistischen Systems zeigt sich im Fall der Ukraine und der Krim einmal mehr. Anstelle von *strategischer Partnerschaft* könnte in absehbarer Zeit *globale Konkurrenz* treten – mit unabsehbaren Folgen für die internationale Ordnung.

Vor dem Hintergrund dieser ernst zu nehmenden innerrussischen Entwicklungen bleibt dem Westen (und der NATO) nur die Hoffnung auf eine politische und diplomatische Lösung des Konflikts mit Moskau. Eine Doppelstrategie aus politischem Dialog in verschiedenen dafür geeigneten Foren und der Androhung von für Russland (aber auch, was die Kehrseite ist, von für die westlichen Staaten selbst) schmerzhaften Wirtschaftssanktionen erscheint alternativlos. Die Wirkung der westlichen Isolationspolitik gegenüber der Russischen Föderation dürfte hingegen eher gering sein, zeigt sich doch die Moskauer Führung von dieser Drohkulisse bislang unbeeindruckt. Auch der NATO sind bis auf Weiteres die Hände gebunden: Sie könnte ohnehin erst dann militärisch in den Konflikt mit Moskau eingreifen, wenn Russland osteuropäische NATO-Verbündete angreifen sollte. Ansonsten steht ihr lediglich das Mittel weiterer Konsultationen mit den russischen Vertretern zur Verfügung, um den politischen Konflikt um die Ukraine zu lösen.

Etwas Grundlegendes, was vielleicht doch so etwas wie eine Trennlinie zwischen Ost und West darstellt, hat sich in den letzten Wochen und Monaten herauskristallisiert: Das russische Demokratieverständnis unter Präsident Putin ist nicht deckungsgleich mit dem des Westens. Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Menschenrechte unterliegen „[i]n Putins Russland“ (Anna S. Politkowskaja) einer anderen Logik als in den westlichen Staaten. Diese Beobachtung legt den Schluss nahe, dass eine dauerhafte Eingliederung der Russischen Föderation in die westlichen Strukturen wenig realistisch sein dürfte. Sowohl der EU als auch der NATO fehlt es

dafür an einem geeigneten politischen Rahmen und an der notwendigen Überzeugungskraft – zumindest aus russischer Sicht. Auch den USA unter Präsident Barack H. Obama ist ein Neuanfang in den Beziehungen zu Russland (Stichwort: „Reset-Politik“) missglückt. Aus westlicher Perspektive erweist sich Russland als politischer Akteur *sui generis*, den es zwar aufgrund seiner Bedeutung für die internationale Politik im 21. Jahrhundert einzubinden gilt, der aber immer wieder ausschert und sich kaum kontrollieren lässt. Der Westen steckt demzufolge in einem Dilemma in Bezug auf seine Russlandpolitik.

### **Abkehr von der „strategischen Partnerschaft“ mit Russland und Rückkehr zu einem neuen (alten) Feindbild? Die Ukraine als möglicher Wendepunkt**

Die NATO-Russland-Beziehungen sind im Jahr 2014 durch den schwerwiegenden politischen Konflikt um die Ukraine in eine tiefe (Vertrauens-)Krise geraten. Als Beleg hierfür kann ein 4-seitiges NATO-Dokument (*Fact Sheet*) vom April dieses Jahres herangezogen werden, das den bezeichnenden Titel „Russia’s accusations – setting the record straight“ (abrufbar unter folgendem Link: [http://www.nato.int/nato\\_static/assets/pdf/pdf\\_2014/20140411\\_140411-factsheet\\_russia\\_en.pdf](http://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/pdf_2014/20140411_140411-factsheet_russia_en.pdf)) trägt. Darin nimmt das Bündnis zu verschiedenen Vorwürfen von russischer Seite in den vergangenen Wochen Stellung. Der „Krieg der Worte“ zwischen NATO und Russischer Föderation ist damit schon einmal eröffnet, wie der Einleitungsteil des Brüsseler „Faktenblattes“ deutlich macht:

„To divert attention away from its actions, Russia has levelled a series of accusations against NATO which are based on misrepresentations of the facts and ignore the sustained effort that NATO has put into building a partnership with Russia.

Russia has also made baseless attacks on the legitimacy of the Ukrainian authorities and has used force to seize part of Ukraine’s territory.

This document sets the record straight.“

Bei dem verbalen Schlagabtausch mit Moskau geht es um folgende (Streit-)Themen:

- „NATO-Russia relations“;
- „NATO’s continuation and enlargement“;
- „Russian claims that NATO promised not to enlarge“;
- „Russian claims that NATO has ignored its concerns over missile defence“;
- „Russian criticism of the legitimacy of NATO military actions – Libya“;
- „Russia criticism of the legitimacy of NATO military actions – Kosovo“;
- „Russian claims that the Ukrainian authorities are illegitimate“;
- „Russian claims that the so-called referendum in Crimea was legal“;

- „Russian claims that the annexation of Crimea was justified by the opinion of the International Court of Justice on the independence of Kosovo“.

Während die gegenseitigen Schuldzuweisungen in diesen Tagen Hochkonjunktur haben (Rasmussen spricht von russischem „Propagandakrieg“, die Kreml-Führung hingegen argumentiert ihrerseits mit dem vermeintlichen Wortbruch des Westens), werden die NATO-Strategen in naher Zukunft gemeinsam Überlegungen anstellen, wie eine neue – vielleicht aber auch alte – Russlandpolitik des Bündnisses aussehen könnte. Dabei gilt es, die wahren Absichten hinter Putins Ukraine- und Krim-Strategie herauszufiltern, um anschließend die eigene Strategie gegenüber Russland entsprechend anzupassen. Eine Neubewertung der NATO-Russland-Beziehungen erscheint indes unausweichlich. Der „Weckruf für die euroatlantische Gemeinschaft“, von dem Rasmussen in diesen politisch turbulenten und richtungsweisenden Tagen gesprochen hat, wird sehr wahrscheinlich auch eine Überprüfung der NATO-Verteidigung Europas, vor allem Osteuropas, nach sich ziehen. Fest steht, dass das für eine strategische Partnerschaft unerlässliche Vertrauen schwer beschädigt worden ist, was die Zukunft des Verhältnisses zwischen der NATO und Russland ungewiss erscheinen lässt. Umso mehr zeigt sich die Notwendigkeit einer „Rückversicherungspolitik“ (*Politics of Reassurance*) vonseiten der NATO gegenüber ihren baltischen und osteuropäischen Mitgliedstaaten, welche im „Fall X“ die Allianz als Schutzmacht vor dem „russischen Aggressor“ für sich einfordern dürften.

Derzeit lässt sich freilich nur spekulieren, wie das Bündnis auf die Expansionspolitik Moskaus strategisch-konzeptionell reagieren wird.<sup>5</sup> Trotzdem soll an dieser Stelle eine Darlegung der möglichen nächsten Schritte der NATO in der Ukraine-Frage in den kommenden Wochen und Monaten erfolgen: Es ist davon auszugehen, dass das nächste NATO-Außenministertreffen im Juni 2014 zum einen eine neuerliche Beurteilung der Lage in der Ukraine vornehmen wird, zum anderen – je nach der gegebenen politischen Situation – Vorschläge für das weitere Vorgehen gegenüber Russland zu erarbeiten haben und eine Überprüfung der Konsensfähigkeit innerhalb der Allianz für etwaige Maßnahmen durchführen wird. Es wäre also somit eine Art Vorbereitungstreffen für den NATO-Gipfel 2014 der Staats- und Regierungschefs in Newport (Südwestwales), der vom 4. bis 5. September stattfinden wird. Auf diesem könnten dann die obersten politischen Entscheidungsträger der NATO-Mitgliedstaaten Beschlüsse fassen und auch die im Raum stehende Frage einer (möglichen) neuen Bündnisstrategie klären. Letztgenannter Punkt dürfte den Gipfel sogar wesentlich beherrschen.<sup>6</sup> Im Kern geht es darum, den zukünftigen Status, den man Russland einräumen möchte, zu klären: Ist die Russische Föderation auch weiterhin ein

---

<sup>5</sup> Dass die NATO darauf reagieren muss, steht hingegen außer Frage.

<sup>6</sup> Weitere Themen der NATO-Gipfel-Agenda finden sich bei Kamp, Karl-Heinz, NATO's 2014 Summit Agenda, Research Paper No. 97, September 2013, Research Division – NATO Defense College, Rome.

„privilegierter Partner“ der NATO oder avanciert das Land – ausgelöst durch die Krise um die Ukraine – zum Gegner von einst? Die Gefahr besteht, dass ein altes, bereits längst überholt geglaubtes Feindbild wiederbelebt werden könnte, was schwerwiegende Folgen für die internationale Politik nach sich zöge. Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche strategischen Optionen – im Sinne einer (idealtypischen) Konfliktlösung und Konfliktregelung – sich der Atlantischen Allianz bieten, um mit Russland vor dem Hintergrund der aktuellen Ukraine-Krise umzugehen. Folgende Szenarien wären für die Zukunft denkbar (andere sicherlich ebenfalls möglich):<sup>7</sup>

- *Verringerung* des Organisationsgrades des Beziehungszusammenhanges („regression“), in dem sich die NATO und Russland bislang befunden haben;
- *Erhöhung* des Organisationsgrades des Beziehungszusammenhanges („integration“);
- *Beseitigung* der bisherigen Organisationsstruktur, um den Beziehungszusammenhang ganz neu aufzubauen und zu gestalten („resolute contention“);
- *Ausscheiden* aus dem Beziehungszusammenhang („withdrawal“).

Entscheidend für das künftige Miteinander der beiden Akteure dürfte maßgeblich sein, wie sich die Russische Föderation im weiteren Verlauf des Ukraine-Konflikts verhalten wird, wie weit das Land bzw. dessen Führung in Moskau letztlich geht. Die *Verringerung* und die *Erhöhung*<sup>8</sup> des Organisationsgrades des Beziehungszusammenhanges sind insofern positive Konfliktlösungsprozesse, als dass sie an der vorhandenen Beziehungsstruktur im Kern festhalten; allerdings verlaufen sie diametral entgegengesetzt zueinander. Die *Beseitigung* und das *Ausscheiden*<sup>9</sup> aus der bisherigen Organisationsstruktur bzw. aus dem Beziehungszusammenhang bilden hingegen einen Kontrapunkt zum vorherigen Begriffspaar. Sie sind auf Auflösung der bisherigen Organisationsstrukturen angelegt und nicht etwa auf deren Fortbestand oder Assimilation. Übertragen auf die Empirie bedeutet das im Einzelnen wie folgt: Bei einer *Verringerung* des Organisationsgrades des Beziehungszusammenhanges geht es um die Eliminierung oder Schwächung einer potenziellen kritischen Spannung<sup>10</sup>, sprich im konkreten Fall um die russische Missachtung der territorialen Integrität der Ukraine (Stichwort: „Abspaltungstendenzen in der Ostukraine“), die im schlimmsten Fall auch negative Auswirkungen auf die baltischen und osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO haben könnte (Stichwort: „Angst vor russischer Protektionspolitik im eigenen Land“). Eine derartige strategische Wahlalternative ist im Ansatz

<sup>7</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Werner Link in Anlehnung an Kurt Singer (1949) in: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart u. a. 1988, S. 42.

<sup>8</sup> Link spricht in diesem Kontext von „Regression“ und „Integration“.

<sup>9</sup> Bei Link: „Revolution“, „Isolation“.

<sup>10</sup> Zum Aspekt „kritische Spannung“ in definitorischer Hinsicht vgl. Link, a. a. O., S. 38 unten.



bereits erkennbar, eine endgültige Entscheidung des Bündnisses darüber steht jedoch noch aus. Bei einer *Erhöhung* des Organisationsgrades des Beziehungszusammenhanges wäre das konkrete Ziel, eine Stärkung der Struktur des Ganzen zu bewirken, um auf diese Weise den kritischen Spannungszustand bzw. Spannungsprozess deutlich abzumildern oder bestenfalls sogar zu beseitigen bzw. aufzulösen. Übertragen auf das Anwendungsbeispiel wäre eine Erweiterung des bisherigen politischen Dialogs innerhalb der Atlantischen Allianz vorstellbar, sei es im NATO-Russland-Rat mit weiteren Anreizstrukturen und Möglichkeiten für Konsultationen oder im Rahmen erst noch zu schaffender NATO-Dialogplattformen. Eine solche strategische Option dürfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch eher unwahrscheinlich sein, da das Bündnis Russland (noch) nicht direkt in die laufenden internen Gespräche einbezieht. Wünschenswert wäre ein derartiger Schritt wegen seiner politischen Signalwirkung aber durchaus.

Bei einer *Beseitigung* der bislang existierenden Organisationsstruktur oder bei einem endgültigen *Ausscheiden* aus dem Beziehungszusammenhang wären alle bisherigen NATO-Kommunikationsplattformen für den Dialog mit Russland obsolet. Eine *Beseitigung* würde einen grundlegenden Wandel der Organisationsstruktur beinhalten, der einen Neuanfang in den NATO-Russland-Beziehungen zur Folge hätte. Sollte z. B. das Vertrauen zwischen den beiden Akteuren durch die Ukraine-Krise und die Annexion der Krim stark gelitten haben – wovon auszugehen ist –, jedoch nach wie vor die Notwendigkeit bestehen, auch im NATO-Rahmen den Dialog mit Russland fortzuführen, so müssten hierfür neue Kommunikationsforen als „vertrauensbildende Maßnahmen“ geschaffen werden, die Erfolg versprechend erscheinen. Eine derartige Entwicklung liegt derzeit durchaus im Bereich des Möglichen (Stichwort: „Vertrauensverlust“), kann allerdings noch nicht endgültig sicher prognostiziert werden. Ein *Ausscheiden* wäre nur für den Fall denkbar, wenn sich der Konflikt zwischen NATO und Russland über die Krim und die Ukraine hinaus in Richtung unmittelbare militärische Bedrohung der baltischen und osteuropäischen NATO-Staaten durch die Russische Föderation entwickeln sollte. Die Wahrscheinlichkeit eines solches Szenarios dürfte aber sehr gering sein.

Die Atlantische Allianz kann eigentlich kein wirkliches Interesse an einer Auflösung der strategischen Partnerschaft mit Russland haben, geschweige denn eine Rückkehr zum Feindbild von einst wollen, was dann zwangsläufig zur Neuauflage des „Kalten Krieges“ (*Cold War*)<sup>11</sup> führen würde. Manche mögen zwar eine solche Option als durchaus sinnstiftend für das

---

<sup>11</sup> Mit *Kalter Krieg* wird streng genommen die Hochphase, insbesondere die Jahre 1946/47, der Spannungen zwischen der SU und den westlichen Siegermächten (sprich: Frankreich, Großbritannien und vor allem den USA) nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Der sogenannte *Ost-West-Konflikt*, seiner Beschaffenheit nach ein struktureller Weltkonflikt, hingegen umfasst die Gesamtdauer (1947-1989/90) des strukturbildenden und prozessbestimmenden (System-)Konfliktes zwischen Ost und West. Vgl. dazu im Einzelnen Link, Werner, Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts, in: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch, 2. Aufl., München/Wien/Oldenbourg 1991, S. 176-202.

Existenzrecht der NATO betrachten, die seit dem Ende der Blockkonfrontation zu Beginn der 1990er-Jahre in eine Legitimationskrise geraten ist; doch sollte das Bündnis eher andere Wege suchen und beschreiten, um die Notwendigkeit seiner Existenz auch für das 21. Jahrhundert zu rechtfertigen. Dennoch hat die Ukraine-Krise des Jahres 2014 deutlich werden lassen, dass eine Strategieberarbeitung der NATO in Bezug auf ihre Russlandpolitik mittlerweile geboten erscheint. Eine *Status-quo*-Politik würde der Entwicklung im transatlantisch-russischen Verhältnis der vergangenen Jahre nicht adäquat Rechnung tragen und stellt daher keine echte Alternative zu einer strategischen Anpassung dar.

### **Schlussbetrachtung: Zwischen diplomatischer Lösung und weiterer Konflikteskalation – Ein Balanceakt für die NATO-Russland-Politik**

Die NATO hat nicht allzu viele Möglichkeiten, mäßigend auf Russland einzuwirken, zumal das Bündnis nicht unmittelbar in den Ukraine-Konflikt involviert ist. Schlussendlich bleibt der Allianz neben dem Angebot zu (direkten) Gesprächen im NATO-Rahmen nur das Einschwören Russlands auf einen Kurs der Deeskalation. Eine Rhetorik der Konfrontation vonseiten des Bündnisses wäre in der momentanen Gemengelage in jedem Fall kontraproduktiv und würde die vorhandenen Spannungen noch weiter verschärfen. Eine mögliche zielführende Russlandpolitik und -strategie des Westens könnte sein, das Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ anzuwenden – konkret: einerseits die Gesprächskanäle offenzuhalten und vielleicht sogar nochmals im Rahmen verschiedener politischer Plattformen den Dialog mit Russland zu intensivieren sowie Moskau eine „Politik auf Augenhöhe“ anzubieten; andererseits eine konsequente Sanktionspolitik zu betreiben, die Russland womöglich doch noch zum Einlenken bewegt, weil das rationale Kosten-Nutzen-Kalkül ein solches nahelegt.

Vor diesem Hintergrund sollte die Atlantische Allianz ihre bisherige Politik gegenüber der Russischen Föderation kritisch auf den Prüfstand stellen und aus den Entwicklungen der letzten Zeit und der vergangenen Jahre die notwendigen Rückschlüsse ziehen, die dann in eine *neue* NATO-Russland-Strategie einfließen könnten. Der NATO-Gipfel im September dieses Jahres böte dazu eine günstige Gelegenheit. Es wäre angezeigt, dass das Bündnis zukünftig russische Sicherheitsinteressen sowie die russische Bedrohungsperzeption stärker in Betracht zieht und gleichzeitig seine bisherige Erweiterungsstrategie neu überdenkt: Je mehr Russland das (subjektive) Gefühl hat, „eingekreist“ zu werden, desto wahrscheinlicher dürften auch künftig Konflikte zwischen Moskau und der Allianz sein. Um den Frieden und die Sicherheit in Europa aufrechtzuerhalten, sollte ein Rückfall in die „Kalter Krieg“-Rhetorik und in das Denken in alten Feindbildern unter allen Umständen vermieden werden. Deeskalation ist das Gebot der Stunde

und kann so lange Gültigkeit beanspruchen, bis eine Eskalationsstufe erreicht ist, die eine politisch-diplomatische Lösung unmöglich macht. Als „Mittel der letzten Wahl“ wäre im Falle von weiteren territorialen Übergriffen Russlands – zumal der Zugriff auf Territorien der NATO-Mitgliedstaaten – auch ein westlicher Militäreinsatz vorstellbar. Eine solche letzte Option hätte aber, dieser Tatsache sollten sich die Entscheidungsträger in der NATO stets bewusst sein, unabsehbare Folgen und wäre zudem mit erheblichen Kosten für das westliche Bündnis verbunden. Dessen ungeachtet ist es nur gut und richtig, dass die NATO militärische Präsenz an den Grenzen ihrer östlichen Mitgliedstaaten zeigt, um zum einen der gebotenen *Reassurance*-Politik gegenüber diesen Rechnung zu tragen und um zum anderen zumindest eine gewisse Form der Abschreckung gegenüber der Russischen Föderation bzw. Moskau zu betreiben.<sup>12</sup>

Insgesamt wird deutlich, was für ein gewaltiger Balanceakt die derzeitige Auseinandersetzung mit Russland um die Ukraine nicht nur für die EU und die USA, sondern auch für die NATO als internationale Organisation darstellt. Um den kritischen Spannungszustand bzw. Spannungsprozess mit der Russischen Föderation bestmöglich abzumildern, muss das Bündnis weiterhin auf eine Deeskalationspolitik setzen. Im Zuge einer solchen politischen Ausrichtung könnte der NATO in der Ukraine-Krise wenigstens eine Vermittlerrolle zufallen, will sie nicht nur „Zaungast“ sein, da sie über entsprechende Möglichkeiten der politischen Konsultation verfügt. Dafür müssten die NATO-Mitgliedstaaten jedoch den Willen aufbringen, und das trotz der momentanen kritischen Spannung, Russland direkt in die laufenden Gespräche in Brüssel miteinzubeziehen. In einem solchen Konsultationsprozess könnte verloren gegangenes Vertrauen zumindest ein Stück weit zurückgewonnen werden, was dann auch die angespannten NATO-Russland-Beziehungen wieder normalisieren würde und diesen zugutekäme. Abgesehen von der NATO könnte auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wegen der jüngsten Entwicklungen im Osten und Süden der Ukraine – die prorussischen Landesteile – eine konfliktmildernde Wirkung haben, da sie kürzlich eine Beobachtermission in das Krisenland entsandt hat, um die Vereinbarungen des Genfer Abkommens<sup>13</sup> vom 17. April 2014 – sozusagen als neutrale Instanz – zu überwachen.<sup>14</sup> Der russische Außenminister Sergej W. Lawrow fordert in diesem Zusammenhang sogar eine Ausweitung des OSZE-Mandats, damit die Spannungen der

---

<sup>12</sup> Zur Kritik an den Westeuropäern, die es versäumt hätten, die militärische Option als Verhandlungsmasse gegenüber der Kreml-Führung ins Spiel zu bringen, siehe bei Altenbockum, Jasper von, Putins Optionen, in: Frankfurter Allgemeine v. 22.04.2014, S. 1.

<sup>13</sup> Siehe hierzu den genauen Wortlaut unter <http://www.tagesschau.de/ausland/genfer-erklaerung100.html> (letzter Zugriff: 22.04.2014). In Genf trafen Vertreter der USA, Russlands, der Ukraine und der EU zusammen, um gemeinsam nach einer politischen Lösung für die Krise in der Ukraine zu suchen.

<sup>14</sup> Vgl. dazu den Beitrag „Gereizte Stimmung im Ukraine-Konflikt“ unter <http://www.dw.de/gereizte-stimmung-im-ukraine-konflikt/a-17581818> (letzter Zugriff: 22.04.2014).

letzten Zeit in der Ost- und Südukraine abgebaut werden können.<sup>15</sup> Inwiefern die genannten internationalen Organisationen wirklich einen substantziellen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine leisten können, muss sich erst noch erweisen. In jedem Fall sollte angesichts der aktuell schwierigen Situation im Land jedes erdenkliche Mittel genutzt werden, um eine politische Lösung doch noch zu ermöglichen – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

▪ **Autoreninformation:**

Sascha Arnautović M. A., Doktorand, geboren 1972, ist u. a. Autor und Mitglied der KFIBS-Forschungsgruppe „USA/Transatlantische Beziehungen/NATO“. Zudem hat er seit dem Jahr 2006 das Amt des Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführers des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS) inne. Der Verfasser dieses Standpunkt-Beitrages gibt hier ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

**Achtung: Bitte nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Autors zitieren!**

---

<sup>15</sup> Vgl. hierzu die in der Fußnote 14 genannte Quelle.